Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kader & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1.90 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 224 | Dresden, Mittwoch den 24. September 1924 | 35. Jahrg.

Der Eintritt — erstrebt

Die Reichsregierung verzögert den Beitritt zum Völkerbunde durch neue Vorfragen

Amtlich wird von der Reichsregierung mitgeteilt:

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten wurde am Dienstag ein Ministerrat abgehalten. Nach eingehender Erörterung der Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbunde erzielte sich Einmütigkeit darüber, daß die Reichsregierung den alsbaldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erstrebt. Sie geht dabei von der Erwägung aus, daß die vom Völkerbund behandelten Fragen, insbesondere des Schutzes der Minderheiten, der Regelung der Verhältnisse des Saargebietes, die Frage der allgemeinen Abrüstung in Verbindung mit der Durchführung der Militärkontrolle, sowie der unter Lösung harrenden großen Fragen der Sicherung friedlichen Zusammenarbeitens der Völker, nur unter Mitwirkung Deutschlands in befriedigender Weise geregelt werden können. Selbstverständlich kann Deutschlands Mitwirkung nur die einer gleichberechtigten Hauptmacht sein.

Nachdem die auf der Londoner Konferenz erzielte Lösung der Reparationsfrage nach Anfassung der hauptsächlich beteiligten Mächte den Weg zu einer aktiven Behandlung der Frage des Eintritts Deutschland in den Völkerbund für die Reichsregierung ermöglicht hatte, sind im Anschluß an die Konferenzverhandlungen Besprechungen in diesem Sinne aufgenommen worden. Das Ergebnis dieser Sondierungen bildet eine wesentliche Grundlage für die heutige Entschließung der Reichsregierung. In Ausführung dieser Entschließung wird die Reichsregierung durch das Auswärtige Amt bei den im Völkerbundrat vertretenen Mächten abschließend feststellen, ob die für die Stellung des deutschen Antrages erforderlichen Garantien, die sich sowohl auf Deutschlands Stellung im Völkerbund wie auf bestimmte andre hiermit untrennbar zusammenhängende Fragen beziehen, gewährleistet sind.

*

Diese Stellungnahme der Reichsregierung ist zwar ein Ja, aber nur ein halbes. Man war einmütig, daß man den Eintritt in den Völkerbund „erstrebt", jedoch keinen Antrag auf Beitritt stellt, sondern erst nochmals „abschließend" bei den Mächten die Ansicht über die erforderlichen Garantien feststellen will. Dabei scheint es sich gar nicht um die „Garantien" zu handeln, denn die werden Deutschland getreu den Völkerbundstatuten und der Großmachtstellung Deutschlands gemäß ganz sicher erfüllt werden. Der Trick liegt bei den im letzten Satz angeführten „hiermit untrennbar zusammenhängenden Fragen". Hier ist die Klippe, die man erneut aufbaut, um den Fluß zum Völkerbund nicht gerade und glatt verlaufen zu lassen. Die erste, durch diese Entanschiebung eingetretene Folge ist, daß die Aufnahme in der gegenwärtigen Völkerbundtagung nicht mehr gesichert kann. Es vergeht also ein Jahr — wenn nicht der Völkerbund eine Extratagung für Deutschland ansetzt. Die deutsche Regierung will jetzt noch nicht in den Völkerbund, das ist wohl der Sinn des Beschlusses, zum mindesten seine praktische Wirkung.

Und nun kommt es darauf an, was die Regierung unter den „damit zusammenhängenden Fragen" vorbringen will und wie sie diese Fragen behandelt. Durch den kleinsten Trick oder gewollte Ungeschicklichkeit können die Mächte oder eine Macht vor den Kopf gestoßen werden, daß man wieder „frei" ist. Sollte man das beabsichtigen? Oder sollte man wenigstens die Möglichkeit zu solchem Trick deshalb geschaffen haben, damit die Deutschnationalen, falls der Bürgerblock mit Bürgerblockregierung zustande kommt, dann den Bruch mit dem Völkerbund vollziehen können? Oder mindestens den Deutschnationalen dann ein Mitentscheidungsrecht an der Frage zu sichern?

Wir hoffen, daß solche Erwägungen nicht bestimmend waren, sondern vielleicht nur die in der Völkerbundfrage von vornherein durch Stresemann verfahrene Situation unklare Schritte nahelegte. Das Hin und Her und die Zeitverödelung rächen sich. So hat man die Gunst der Stunde nicht nutzen können, verstimmt nun wieder alle Welt, erweckt Mißtrauen, Absagen. Es ist höchste Zeit, daß sich alle Kräfte für eine klare, eindeutige und entschiedene Stellungnahme einsetzen, auf daß nicht schließlich noch alles verdorben wird.

•

Zugleich Absage an die Deutschnationalen?

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst bringt folgende Auffassung:

In Anbetracht der in den letzten 24 Stunden sich vollzogenen Veränderungen der außenpolitischen Lage war ein andrer Beschluß, als ihn der Ministerrat gefaßt hat, im Augenblick nur schwer möglich. Die Regierung hat sich selbst wieder einmal ihre Position verdorben und die Schuld hierfür trifft nur den Reichsaußenminister. Er war noch vor acht Tagen gegen den Eintritt in den Völkerbund. Erst in den letzten Tagen hat er seine Meinung langsam geändert. Diese mehr als sonderbare Haltung, die man am allerwenigsten von einem Reichsaußenminister erwarten sollte, gab der französischen Oppositionspresse Anlaß zu einer scharfen Kampagne gegen den bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund gegeben. Unter Berufung auf die Schonkewitsch-Stresemannsche konnte sie diese Kampagne verhältnismäßig sachlich führen, ohne daß die Regierung Herriot in der Lage gewesen wäre, ihre Behauptungen zurückzuweisen. So ist der Umschwung in der Auffassung der französischen Regierung über den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Zuerteilung eines Ratssitzes zu erklären. Er setzte dem Beschluß der Reichsregierung von vornherein gewisse Grenzen.

Immerhin glauben wir, daß auch jetzt noch die Möglichkeit besteht, die Fehler der letzten drei Wochen wiedergutzumachen, wenn die Regierung bereit ist, sich ehrlich hinter ihren Beschluß zu stellen und ihn auf schnellstem Wege zu verwirklichen. Das aber bedingt, daß die Reichsregierung jede Ehe mit den Deutschnationalen vermeidet. Ihr Beschluß ist in seiner praktischen Bedeutung eine klare Absage an die Deutschnationalen, eine Verneinung des Bürgerblocks. Man mag sich gegen diese Auslegung sträuben wie man will, mit dem Augenblick, wo sich die Regierung grundsätzlich für den Eintritt in den Völkerbund entschieden hat, hat sie eine Entscheidung gegen die Deutschnationalen getroffen, die eine deutsche Mitgliedschaft in Genf mit den schärfsten Mitteln bekämpft haben. Die Regierung hat aber auch insofern — ohne einen ausdrücklichen Beschluß gefaßt zu haben — die Wünsche der Deutschnationalen verneint, als sie am Dienstag in eine Erörterung der Kriegsschuldfrage überhaupt nicht eingetreten ist. Sie hat es vorgezogen, über diese Frage „einstweilen" lieber nicht zu debattieren und für absehbare Zeit überhaupt zu schweigen, als sich der Gefahr auszusetzen, die Kriegsschuldnote genau so wie sie übergeben wurde, ohne Kenntnisnahme und Oeffnung des Briefes, durch die Alliierten zurückzuerhalten.

Es steht also fest, daß die Reichsregierung — und dazu gehört auch Herr Stresemann — zwei deutschnationale Vorbedingungen für deren Beteiligung an der Regierung klar und eindeutig abgelehnt hat. Was würde das Ausland sagen, wenn die gleiche Regierung ihre öffentlich zum Ausdruck gebrachte Gesinnung über zwei Kardinalfragen der deutschen Politik jetzt zum Schacherobjekt machen und für die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung teilweise wieder aufgeben würde? Vor einer solchen Regierung kann weder das Inland, geschweige denn das Ausland noch Achtung haben. Der in den letzten Jahren mühselig wieder erworbene Kredit müßte vollkommen zum Teufel gehen. Nur wenn die Regierung, wie es sich für Männer geziemt, mit ihrem Beschlusse steht und fällt und ihn, soweit es in ihren Kräften liegt, zu verwirklichen sucht, nur dann können die Schäden wiedergutgemacht werden, die zum Nachteil Deutschlands in den letzten Wochen begangen worden sind. Das ist aber nur möglich: durch Kampf gegen die Deutschnationalen.

•

Wozu der Lärm?

Völkerbund und Verträge

Gestern hat sich die Reichsregierung in Berlin grundsätzlich mit dem Eintritt in den Völkerbund einverstanden erklärt, und man kann nur wünschen, daß diesem Bekenntnis zum Völkerbund bald die entsprechenden Taten folgen. Daß auch jetzt die ewig Gestrigen mit Nörgeleien und Bedenken bei der Hand sind, ist selbstverständlich. Der Geist, der in Deutschland zur Zeit des großen Narren Wilhelm II. herrschte, sitzt noch in zu vielen Köpfen fest. Man bringt allerhand sogenannte Prestigegründe, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedenklich erscheinen lassen sollen. Man stößt sich daran, daß Deutschland mit seinem Eintritt in den Völkerbund die Geltung der bestehenden internationalen Verträge anerkennen würde.

Niemand wird leugnen, daß sich unter den bestehenden Verträgen viele befinden, die dem deutschen Volke nur sehr wenig gefallen können, so der Friedensvertrag, der Vertrag über Oberschlesien und schließlich alle die Verträge über unsre Wiedergutmachungsverpflichtungen, die wir abzuschließen gezwungen waren. Aber der Völkerbund, der zukünftigen Kriegen vorbeugen will, muß den jetzt tatsächlich vorhandenen Zustand als zu Recht bestehend anerkennen, wenn er überhaupt irgendwelche Aussichten auf Erfolg haben will. Versuchte man erst, die zwischen den Staaten bestehenden Verträge auf ihre Richtigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen und die Karte der Erde dementsprechend zu revidieren, so würde der Völkerbund niemals aus der Vorbereitung herauskommen.

Bolschewisten gegen Bolschewisten

Wohin die Sowjetrepublik ihre „besten Kämpfer" schickt!

Wir brachten gestern den Hilferuf der Arbeitergruppe der Kommunistischen Partei Rußlands, die im Kampfe mit der Moskauer Zentrale liegt und dabei an die europäische Arbeiterschaft appelliert. Diesen Aufruf lag ein anderer Hilferuf bei, den wir heute folgen lassen. Er lautet folgendermaßen:

Hände weg von den Arbeitern, die den Kommunismus aufbauen!

Genossen! Wenn Präsident Ebert oder Premierminister Macdonald die revolutionären Arbeiter erledigt, so ist dies möglich, weil hinter ihnen das gesamte Bürgertum steht. Hinter der Sowjetregierung steht, wie sie selbst immer rühmt, nicht die Bourgeoisie. Die Verfolgungen gegen revolutionäre Arbeiter sind aber in Sowjetrußland viel schrecklicher als in Westeuropa, schon weil man nicht nur die revolutionären, kommunistischen Arbeiter in die Gefängnisse wirft, sondern auch ihre Familien in Haft hält. Und das tut man alles, ohne die geringsten Bedenken, ohne Rücksichtnahme auf die Meinung der Arbeiterklasse und ihrer Institutionen. Man hat eine Sowjetverfassung geschaffen, ein Sowjetverfassungsrecht geschaffen, um es in der Anwendung zu durchbrechen. Nach der Verfassung dürfen die Mitglieder der Räte nur laut Beschluß des Plenums des Rates verhaftet werden. Die sowjetadministrative Bureaukratie aber kümmert es nicht, stillschweigend die Mitglieder des Moskauer Sowjets Demidow und Berzina ins Gefängnis zu werfen. Ein Gerichtsverfahren gibt es für die ehrlichen Kommunisten nicht. So geht es vielen, vielen Namenlosen und bekannten Genossen. Genosse A. Medwedjew, gegen den man überhaupt kein belastendes Anklagematerial finden konnte, wurde 21 Tage in Haft gehalten und nur ein siebentägiger Hungerstreik brachte ihm seine Freiheit wieder.

Die schänd- und schmählichsten Repressalien übte man gegen den bekannten, alten Bolschewisten M. Mjasnikow aus, dem die kommunistischen Machthaber bereits einmal im Permer Gefängnis drei Kugeln in die Zelle lieferten, um sich dieses einflußreichen und beliebten Arbeiterkommunisten zu entledigen. Die Schüsse trafen nicht. Mjasnikow wurde freigelassen und ohne Bitterkeit, nein, mit noch viel größerer Liebe ging er an seine Arbeit. Seine Kritik an den kranken und falschen Tendenzen der K. P. R., K. I. und Sowjetregierung sowie seine Eingaben für deren Heilung und Richtigstellung führten jetzt eineut dazu, ihn in das sibirische Gefängnis in Tomsk zu werfen und **seine Frau mit zwei kleinen Kindern und einem Säugling ebenfalls nach Sibirien zu verbannen.** Die Zarenregierung erachtete die sibirischen Gefängnisse und Sümpfe für die barbarischsten Strafen, die sie ihren Feinden, den Revolutionären, antun konnte und

Sowjetrußland schickt heute seine besten Kämpfer und revolutionärsten, kommunistischen Genossen in die gleichen Kerker und ungesunden Sümpfe.

Den Genossen Kusnezow, Prostatow und vielen mehr ging es genau so. Die Frau von Kusnezow wurde mit zwei kleinen Kindern (das jüngste ist zwei Monate) nach Bernaul verjagt und Genossin Prostatowa schickte man mit fünf Kindern nach Semipalatinsk (Sibirien).

Genossen! Wenn wir die bürgerlichen Regierungen zwingen können, unsre Kampfbrüder zu befreien **so können wir von der Sowjetregierung hundertmal mehr verlangen, das zu tun.** Durch Organisierung von Forderungen der internationalen Arbeiterschaft, durch den Druck auf die Vertreter der Komintern und der Sowjetregierung im Ausland, müssen wir die Arbeiterrevolutionäre, unsre Brüder von unserm Geist und Blut, aus den Händen der aristokratischen Führer Rußlands, die durch ihre Machtpositionen von Größenwahn befallen und mit Blindheit geschlagen sind, entreißen.

In allen euren Versammlungen, Genossen, nehmt Resolutionen an zur sofortigen Freilassung von Mjasnikow, Kusnezow, Prostatow, Demidow, Berzina und den vielen andern revolutionären Opfern. Fordert von der K. P. R. und der Dritten Internationale die sofortige Aufhebung der Unterdrückungen und Repressalien gegen alle revolutionär gesinnten kommunistischen Proletarier.

Beweist, daß, wenn die russischen Staatsmänner keine Gefahr darin erblicken, die mit dem Weltkapital und der Gendarmerie verbündeten bürgerlichen Banditen, Kirchenväter, konterrevolutionären Generale und Kadetten frei zu lassen und Amnestie zu geben, die Hunderte von Genossen, aus denen wir hier unter andern noch aufzählen können Genossen Sforwin, Korschnow, Tiunow, Ilin, Michailow, Moneeew, Matrosow, Polosow, Baranow, die mit aller ihrer Kraft, ihrer ganzen Seele und ehrlichem Herzen für die Verwirklichung der proletarischen Diktatur und Erhaltung der Oktober-Errungenschaften kämpfen, frei sein müssen.

Nur mittels internationaler, proletarischer Solidarität können wir die uns gleichgesinnten kommunistischen Gefangenen von der gegen sie gerichteten unkommunistischen Abrechnung verteidigen.

Genossen! Kommunisten! Sympathisierende! Laßt uns von der K. P. R., der Dritten Internationale und Sowjetrußland mit vereinten Kräften fordern:

Hände weg von den Arbeitern, die den Kommunismus aufbauen!

•

Wir nehmen den Verfassern dieses Appells ihre Ausfälle gegen Ebert, Macdonald oder die Menschewisten nicht übel. Woher sollen diese kommunistischen Arbeiter, die sich noch nicht einmal in ihrer Partei die Meinungsfreiheit erobert haben, die europäischen Verhältnisse kennen? Sie beziehen ihre Informationen zum allergrößten Teil aus der Sowjetpresse, in der gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Die kommunistische Opposition mußte in ihrem von uns gestern veröffentlichten Aufruf ja die russische Zentrale selbst der „Lüge und einseitigen Information" bezichtigen.

Wie die gestrige Veröffentlichung der kommunistischen Arbeitergruppe, so verdient auch die vorstehende in den Betrieben angeschlagen zu werden, damit die kommunistischen Arbeiter das wahre Gesicht des Bolschewismus und der gegenwärtigen bolschewistischen Diktatoren kennen lernen. Von diesem Wesen des Bolschewismus sind Terror und Diktatur untrennbar, **ebenso untrennbar von der Diktatur sind Auswüchse,** wie z. B. die im vorstehenden gebrandmarkten Schandtaten gegen die eignen Genossen. Wenn unsre deutschen Moskowiter wieder einmal nach Amnestie brüllen und dabei die Sozialdemokratie der Schlappheit beschuldigen, wird man ihnen diesen Hilferuf ihrer eignen Genossen um die Ohren schlagen. Gespannt aber sind wir, ob die kommunistische Presse Deutschlands für ihre von Sinowjew und Konsorten gemarterten Genossen etwas tun oder ob sie feig schweigen wird!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240924/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG